

24. Juli 2016

Die Themen dieser Woche:



Einkommen von US-amerikanischen Hochschulpräsidenten

Diversität und andere Hochschulprioritäten

Demokratische Wahlkampfplattform und Studienschulden

Kurznachrichten

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe befassen wir uns mit den jüngsten Zahlen zu Einkommen US-amerikanischer Hochschulpräsidenten und mit Diversität als eine unter zahlreichen, auch von den besten US-amerikanischen Hochschulen verfolgten Prioritäten. Wir werfen zudem einen Blick auf mögliche Auswirkungen der Nominierung von Tim Kaine zum Kandidaten der demokratischen Partei für das Amt des Vizepräsidenten im Hinblick auf die Frage, wie das Problem der Studienschulden gelöst werden könne, und schließlich – wie immer – auf verschiedene Kurznachrichten der Woche.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre.

Stefan Altevogt

...> **Einkommen von US-amerikanischen Hochschulpräsidenten**

Der Chronicle of Higher Education hat die Einkommen der Präsidenten von öffentlichen Hochschulen aktualisiert und bietet auf einem interaktiven Datenblatt neben Angaben zu Einkommen von 1.200 Führungskräften an 600 privaten Einrichtungen zwischen 2008 und 2013 nun auch die frischesten Angaben (2010 bis 2015) zu den „executive-compensation packages“ an 250 öffentlichen Hochschulen bzw. Hochschulsystemen. Die als „total compensation“ erfassten Einkommenspakete enthalten Grundeinkommen (base pay), leistungsbezogene Zulagen, geldwerte Leistungen und „deferred compensations“, also nicht zu versteuernde Einkommensanteile, die erst später ausgezahlt werden.

Im Bild der privaten Hochschulen fallen mittlerweile 32 Einkommensmillionäre auf, angeführt (und statistisch untypisch) von Lee Bollinger von der Columbia University, der zuletzt auf ein gesamtes Jahreseinkommen von \$4,6 Mio. gekommen ist, wovon allerdings „nur“ \$1,2 Mio.

Grundeinkommen waren. Typischerweise erhielten Präsidenten von privaten Hochschulen ihre Gesamtgratifikationen zu 73% als Grundeinkommen und der Median dieses Grundeinkommens lag 2013 bei knapp \$300.000.

Zwei weitere Datenfelder befassen sich mit der Executive Compensation im Verhältnis zu den Studiengebühren an der jeweiligen Hochschule bzw. im Verhältnis zum dortigen Gesamthaushalt. Hier zunächst einmal der Median, der das Einkommen der Präsidenten mit dem 11,8-fachen der Studiengebühren beziffert und mit \$4.500 Einkommen pro \$1 Mio. Gesamthaushalt. An diesem Median wird die starke Streuung der Werte deutlich, die freilich dadurch noch verstärkt wird, dass auch Werte von Präsidenten geführt werden, die nur einen Teil des Jahres an der Hochschule waren. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede auch zwischen Führungskräften an vergleichbaren Einrichtungen: Lee Bollinger wird mit dem knapp 100-fachen des Tuition-Medians an Columbia University entlohnt, Drew Faust mit dem 22-fachen der Studiengebühren an Harvard. An der Spitze der Rangliste „Executive Compensation pro \$1 Mio. Gesamthaushalt“ tummeln sich erwartungsgemäß Präsidenten kleinerer Hochschulen, von denen in Deutschland die allermeisten nicht einmal Fachleuten bekannt sein dürften. Entsprechend weit unter dem Median sind die Führungskräfte von Hochschulen mit großen und größten Budgets und entsprechend großem und größtem internationalen Bekanntheitsgrad angesiedelt. Frau Faust bekommt als Präsidentin von Harvard pro \$1 Mio. Budget \$219 Gehalt, Lee Bollinger „macht“ im Jahr \$1.350 pro \$1 Mio. Budget. Bei den öffentlichen Hochschulen zeigte sich zuletzt das folgende Bild: „The typical public-college president receives 89% of his or her total compensation as base pay. The median base pay for public-college presidents in 2015 was \$384,115.“ Lediglich fünf Präsidenten, angeführt von Michael Drake von der Ohio State University mit \$800.000, kamen im vergangenen Jahr auf mehr als 200% dieses Medians. Fünf Präsidentinnen und Präsidenten, angeführt von Renu Khator von

der University of Houston mit \$1,3 Mio., hatten „Compensation Packages“ nördlich von \$1 Mio. Gemessen am Median der jeweiligen Studiengebühren ist das 44-fache der Wert für die Entlohnung der Hochschulpräsidenten, bei dem die eine Hälfte der Daten oberhalb liegt, die andere unterhalb. Frau Khator bekommt das 170-fache des Tuition-Medians an der University of Houston. Schließlich noch die Gehälter im Verhältnis zu Budget (und entsprechend Verantwortung): „In 2015, median presidential pay for public colleges was \$442 per \$1 million in total expenditures.“

Sie finden die Daten [hier](#).

...► Diversität und andere Hochschulprioritäten

Die Studierendenschaft an einer Hochschule sollte idealerweise in ihrer Zusammensetzung die Gesamtbevölkerung vom ethnischen und sozio-ökonomischen Hintergrund her abbilden. Dieses auch meritokratisch begründete Ziel wird vor allem in den Gipfellagen der US-amerikanischen Hochschullandschaft ebenso häufig betont wie verfehlt. Als ein wichtiges Instrument zur Förderung des Anteils von Studierenden aus einkommensschwächeren Schichten gilt die sog. „need blind admission“, also die Zulassung von Bewerbern ohne vorher nachgefragt zu haben, ob – das eine Extrem – Studiengebühren voll bezahlt werden können oder ob – das andere Extrem – ein Vollstipendium der Hochschule nötig sein würde. Vor allem bei Hochschulen, die einen hohen Anteil ihrer Haushalte aus Studiengebühren bestreiten, gerät „need blind admission“ rasch in Konflikt mit anderen Zielen der Hochschule und wird im Zweifel auch aufgegeben. So auch am Haverford College bei Philadelphia, Gegenstand eines Beitrag auf Inside Higher Education, der sich mit der Frage befasst: „Do Colleges Need to Be Need Blind?“ An Haverford habe man aus Gründen finanzieller Nachhaltigkeit auf ein „need-aware modell“ umgestellt und sei dabei in quantitativ guter Gesellschaft: „Haverford is far from the only institution to make changes involving need-blind admissions in recent years. Some have dropped need-blind policies, others have publicly evaluated them and a few have decided to become need blind.“ Erfahrungen mit entsprechenden Änderungen habe man etwa am Macalester College in St. Paul seit 2006 sammeln können, wo in den vergangenen zehn Jahren der Aufwand für einkommensabhängige Studienbeihilfen von \$20 Mio. auf \$50 Mio. ausgedehnt wurde, gleichzeitig aber auch der Aufwand zur Finanzierung einkommensabhängiger Studienbeihilfen, also für Rabatte, mit denen man zahlungsfähige Studienbewerber anlockt. Hierzu heißt es: „The numbers reflect the common trend across higher education: college costs rising faster than students' ability and willingness to pay. As a result, colleges are pressured to offer more financial aid to students. Sometimes that aid goes to students with demonstrated need, and in other cases colleges can decide to use aid to try to attract a student who can pay a higher price – and provide more net revenue for the bottom line.“ Dennoch habe man an Macalester den Anteil der Studierenden mit einkommensabhängigen Pell Grants in den vergangenen zehn Jahren von 13% auf 17% ausweiten können und den Anteil von Farbigen von 17% auf 20%.

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Unter den von Hochschulen verfolgten Prioritäten zählt man hierzulande gelegentlich auch die Qualität des in Mensen angebotenen Essens. Ein Beitrag widmet sich auf Inside Higher Education mit dem „Food War“ zwischen Bowdoin College, dessen Mensaqualität als das Maß der Dinge gelte, und Vassar College, über dessen kulinarische Standards das Urteil vernichtend sei: „Mediocre“! Der Autor Malcolm Gladwell hätte sich in einer Reihe von Podcasts dafür ausgesprochen, dass Bowdoin Abstriche beim Essen machen solle, um mit dem eingesparten Geld mehr Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten das Studium dort zu erlauben. Er habe die Prioritäten an Bowdoin als moralisches Problem formuliert und seine Zuhörer aufgefordert: „If you're looking at liberal arts colleges, don't go to Bowdoin. Don't let your kids go to Bowdoin. Don't let your friends go to Bowdoin. Don't give money to Bowdoin or any other school that serves amazing food in its dining hall.“ Die nüchternen Daten würden das folgende Bild ergeben: Während 22% der Studierenden an Vassar aus Haushalten mit Einkommen unterhalb der für Pell Grants zulässigen Grenze (\$40.000 pro Jahr) kämen, seien es an Bowdoin gerade mal 14%. Dies sei allerdings durchaus im Rahmen vieler vergleichbarer Einrichtungen: „Some comparable institutions with similar Pell-eligible shares of the class include Colgate University (12 percent), Middlebury College (11 percent), Oberlin College (11 percent) and Swarthmore College (14 percent). Some colleges that are closer to Vassar's share include Amherst College (20 percent) and Williams College (19 percent).“ Am für seine gute Liberal Arts Education bekannten Brooklyn College der öffentlichen City University of New York liege zum Vergleich der Anteil bei knapp 50%.

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

...► Demokratische Wahlkampfplattform und Studienschulden

Inside Higher Education wirft in dieser Woche einen Blick auf die bildungspolitischen Charakteristika von Tim Kaine, der nach Wunsch von Hillary Clinton im November zum Vize-Präsidenten der USA gewählt werden soll. Es heißt: „Hillary Clinton's running mate has promoted career and technical education, worried about the impact of student debt, and taught for many years at the University of Richmond.”

Gerade im Hinblick auf die Lösung des Problems der Verschuldung von Studierenden und Absolventen (freilich auch von Studienabbrechern, doch geht die Diskussion vom Normalfall aus) hatte es im Wahlkampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten mit der Forderung von Bernie Sanders nach einer grundsätzlichen Befreiung des Studiums von Studiengebühren großen Druck in Richtung auf eine „Maximallösung“ gegeben. Soweit Clinton auch den Forderungen Sanders nachgegeben hatte, hatte sie doch ihre Forderung nach einer einkommensabhängigen Lösung nie aufgegeben. Der Beitrag zitiert nun eine entsprechende Passage aus einem Interview von Tim Kaine mit der Huffington Post, in dem er klar stellt, dass er die Lösung von Studienschulden auf der einen Seite als ein drängendes Problem ansieht, auf der anderen Seite allerdings die für die Lösung aufgewendeten Mittel richtig, d.h. nach Bedarfskriterien verteilt, verwendet sehen möchte: „Richer Americans, or even Americans like myself who have a plan to help their children with the cost of college, perhaps shouldn't have free access to college or get the same degree of help when there are so many young people who have worked hard but simply can't afford the cost of higher education and their parents do not have the financial means to help. Those are the students who we should focus on helping. By making all public university education free, we'd be giving away college education to richer Americans who don't need the assistance paying for it.”

Der Beitrag widmet sich auch kurz Anne Holton, der Ehefrau von Kaine, die derzeit Bildungsministerin im Bundesstaat Virginia ist. Zu ihr heißt es: „She was the program director for Great Expectations, a program of the Virginia Foundation for Community College Education that helps youth in foster care gain access to higher education.”

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Sie finden das Interview [hier](#).

...> Kurznachrichten

Inside Higher Education meldet eine Vereinbarung zwischen der Bank Wells Fargo und dem Internet-Händler Amazon zu Angebot und Vertrieb von privatwirtschaftlichen Darlehensprodukten zur Studienfinanzierung. Das die Interessen von Studierenden vertretende Institute for College Access & Success sei über die privatwirtschaftliche Bereicherung des Marktes für Studiendarlehen allerdings nur wenig begeistert. Eine Vertreterin der Organisation wird mit den Worten zitiert: „Private loans are one of the riskiest ways to finance a college education. Like credit cards, they have the highest rates for those who can least afford them, but they are much more difficult to discharge in bankruptcy than credit cards and other consumer debts.”

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Der Chronicle of Higher Education befasst sich in einem Beitrag mit den Problemen, die in sog. „Dual Enrollment Programs“ auftauchen können, wenn sich also Oberschüler bereits vor ihrem Abschluss an der High School an Hochschulen einschreiben und dort bereits Studienleistungen erwerben. Es heißt: „The courses are growing nationally and are wildly popular in the Lone Star State [Texas]. But their rapid expansion has exposed (...) the gulf of expectation that divides high schools and colleges.” Mittlerweile seien in Texas mehr als 130.000 Oberschüler gleichzeitig an einer Hochschule eingeschrieben.

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Seit der Einführung eines staatlichen Förderprogramms zur Finanzierung von Studien im Ausland in 2005, so eine Meldung auf Inside Higher Education, sei Zahl von internationalen Studierenden aus Saudi-Arabien an US-amerikanischen Hochschulen sprunghaft gestiegen. Diese Entwicklung gehöre jetzt wohl der Vergangenheit an: „Many universities with sizable Saudi populations are anticipating significant declines in new Saudi enrollments as the government has retooled the scholarship program. (...) The enrollment declines will prove challenging to the many public and private universities that have grown to count on the tuition revenue from Saudi students, who number in the hundreds at many campuses.”

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

